

Redebeitrag des Hessen-Baden-Plenum, gehalten auf der Demo "Das AKW Biblis muß vom Netz" am 30. April in Biblis:



Ich spreche für das Hessen-Baden-Plenum. Das Hessen-Baden-Plenum ist ein Zusammenschluß von Anti-AKW-Initiativen von Karlsruhe bis Gießen. Wir machen seit einigen Jahren Aktionen unter anderem auch zu den beiden AKWs Biblis A + B; so z.B. eine symbolische Abschaltaktion zum Revisionsbeginn von Block A Silvester '93 vor dem AKW, eine Aktion vor der hess. Staatskanzlei in Wiesbaden Anfang März '94. Die Demo heute haben wir mitinitiiert und organisiert. Wir möchten in unserem Beitrag auf die politische Situation um die beiden AKWs in Biblis eingehen.

Hauptangriffspunkt unserer Kritik ist die Betreiberin der AKWs, die RWE. Die RWE agiert unter dem Motto maximaler Profit bei minimalen Kosten. Der Konzern ist noch nicht einmal bereit die minimalen Sicherheitsauflagen, die der TÜV Bayern für den Block A empfohlen hat, zu verwirklichen. Für Block B wird erst gar keine Sicherheitsüberprüfung gestattet. Die RWE gibt seinen Profit-Interessen eindeutig Vorrang vor den Sicherheitsinteressen der Belegschaft und den BewohnerInnen der Rhein-Main-Neckar-Region.

RWE wird in seiner Politik von der Bundesregierung in Gestalt des Bundesumweltministers Töpfer unterstützt. Mit Weisungen oder Androhungen von Weisungen bringt er bisher erfolgreich die zaghaften Versuche der hess. Landesregierung zu Fall, die Unsicherheit von Block A durch Auflagen zu verkleinern. Bezüglich Block B braucht Töpfer nicht tätig zu werden: Dazu schweigt auch die hess. Landesregierung.

Jetzt werden einige sagen: Laßt uns bei der Bundestagswahl im Oktober SPD und Grüne wählen und die AKWs werden stillgelegt.

Wir halten dies für eine große Illusion!

Schauen wir uns zunächst die SPD an.

Seit 1986 existiert der SPD-Parteitagbeschuß, innerhalb von 10 Jahren aus der Atomenergie auszusteigen. Ernsthafte Versuche z.B. von SPD-geführten Landesregierungen, diesen Beschuß in die Tat umzusetzen, konnten nicht beobachtet werden.

Dies mag daran liegen, daß die SPD eng mit der Atom-Mafia verflochten ist. Nehmen wir zum Beispiel die Betreiberin von Biblis, RWE: Bei RWE haben viele Sozialdemokraten in der Geschäftsführung, im Vorstand und Aufsichtsrat das Sagen. Durch die spezifische Struktur der RWE sichern sich sozialdemokratische Oberbürgermeister und Oberstadtdirektoren Macht und Einfluß. Bisher sind diese sozialdemokratischen FunktionsträgerInnen nicht durch atomkritische Initiativen aufgefallen.

Auch bei den Energie-Konsens-Gesprächen 1992/93 mit der Energiewirtschaft und der Bundesregierung hat die

SPD nicht mit besonderem Ausstiegswillen gegläntzt. Wir dürfen gespannt sein auf den Spagat den die SPD im Falle eines Bundestagswahlsiegs zwischen verbalem AKW-Ausstieg und ihrer Realpolitik vollziehen wird.

Und die Grünen?

Natürlich sind alle Grünen persönlich AtomkraftgegenerInnen und viele sicher heute hier auf der Demo. Das Dumme ist nur, daß die Grünen den Wunsch haben, diesen Atomstaat Bundesrepublik Deutschland mitzuregieren. Um mitzuregieren müssen sie sich anpassen. In Hessen konnten in dieser Hinsicht eine ganze Menge Erfahrungen gesammelt werden.

1982 hieß es im Landtagswahlprogramm der Grünen, daß für sie Kompromisse in Überlebensfragen - zu diesen zählten sie auch die Atomkraft - nicht in Frage kämen. Um überhaupt in die Landesregierung zu kommen, mußten sie ihre Grundpositionen über Bord werfen. Dazu gehörte auch, Biblis A und B zu akzeptieren. Grüne FunktionsträgerInnen als UmweltministerInnen haben die AKWs nach Recht und Gesetz zu verwalten. Die vorgegebene Geschäftsgrundlage sieht vor, daß Atomkraftwerke Teil der Energie-Versorgung sind und daß im Bundesbunker in Hanau waffenfähiges Plutonium lagert.

Wer so wie die hess. Grünen - die Spielregeln des Atomstaats verinnerlicht hat, der stellt zunächst richtig fest, daß durch den Reaktor Biblis A die Sicherheit der BewohnerInnen der Rhein-Main-Neckar-Region gegen die Profitintessen von RWE steht, jammert über diese Tatsache ein wenig pressewirksam rum, sagt, ihm seien die Hände gebunden, um dann zur politischen Tagesordnung überzugehen. Wer - wie die hess. Grünen - in den Sachzwängen dieses System zu denken, gewohnt ist, rechnet eine mögliche Schadenersatzklage der RWE in Millionen-Höhe mit den Sicherheitsinteressen von Millionen von Menschen auf und läßt Block A von Biblis schon, vor einer Weisung von BUM-Töpfer vorsichtshalber wieder anfahren, so geschehen Mitte März '94.

Wie sollte eine solche Politik zum Abschalten aller Atomanlagen führen?

Die evtl. Beteiligung der Grünen an einer Bundesregierung kann für die Grünen nur weitere Anpassung an herrschende Normen bedeuten.

Werden wir dann gewaltfreie, weltweite Einsätze der Bundeswehr, sozial-verträgliche Abschiebungen von Flüchtlingen und basisdemokratisch weiterbetriebene AKWs erleben?

Wir als Anti-AKW-Initiativen sind der Auffassung, daß es keine sicheren AKWs geben kann. Eine Unterscheidung ist allenfalls zu mehr oder weniger unsichere AKWs zu treffen. Bestreben von AKWs nach Recht und Gesetz heißt deshalb immer den Super-Gau in Kauf zu nehmen. Dies gibt die Bundesregierung

indirekt zu, indem sie noch dem neuen Atomgesetz künftig zur noch sogenannte "inhärent sichere" AKW genehmigen will. Im Dezember '87 hätte sich fast - streng nach Recht & Gesetz - ein Super-GAU im Block A ereignet.

Wir treten für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen.

+ Darüber gibt es nicht zu verhandeln.

Die Erreichung dieses Ziel ist für uns nur durch Druck von unten denkbar. Alle hier auf der Demo sind gefordert, diesen Druck zu entfalten. Von Parlamenten, egal mit welchen Mehrheiten, ist für eine Stilllegung der AKWs nichts zu erwarten. Das müssen wir schon selbst besorgen.

stern anlegen

Wir werden uns weitere Aktionen zu den Reaktoren Biblis A + B überlegen und laden hiermit alle Menschen ein, dabei mitzumachen. ✓

Auch finden in letzter Zeit wieder verstärkt Blockaden von Atomtransporten wie z.B. bei Transporten von Brockdorf nach La Hague statt. Hier sehen wir eine Möglichkeit den Lebensnerv der Atommafia zu treffen und Druck für eine endgültige Stilllegung aller Atomanlagen zu entfalten.

Zu Pfingsten laden die Anti-AKW-Initiativen zu Aktionstagen in Gorleben gegen die drohende Einlagerung von abgebrannten Brennelementen in das Zwischenlager Gorleben und den Weiterbau des Endlagers ein.

Es gibt viel zu tun! Packen wir sie!